

sichtlich sollen jedoch die traditionellen islamischen Parteien ebenfalls als Machtfaktor ausgeschaltet werden, zumal etwa in der fundamentalistischen Jamaati Islami die Gegnerschaft zu Zia ul-Haq wächst, seit dieser im Frühjahr 1984 deren Studentenvereinigung nach Demonstrationen verbot. Es gibt sogar Bestrebungen, die größeren Muslim-Parteien in einer Liga zu vereinigen, um so mehr Druck auf die Regierung ausüben zu können, wenngleich man die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation noch nicht in Frage stellt.

Die Diskussionen um die Verfassungsänderung bewogen die Regierung im Juni 1984, der Presse vorerst jegliche Berichterstattung über die Aktivitäten der Parteien zu verbieten. Diesen ist zwar ohnehin unter dem Ausnahmezustand jegliche öffentliche Tätigkeit untersagt, doch konnten prominente Politiker in letzter Zeit trotz allem oft genug das Wort ergreifen. Das Verbot trifft insbesondere die säkulare, eher linksgerichtete Opposition. 11 ihrer Parteien haben sich im „Movement for the Restoration of Democracy“ zusammengeschlossen, angeführt von der sozialistisch orientierten „Pakistanischen Volkspartei“. Seit deren Führer Ali Zulfikar Bhutto hingerichtet wurde und die übrigen Mitglieder seiner Familie ins Exil gehen mußten, ist sie jedoch – wie das gesamte MRD – ohne eine profilierte Führung. Die Forderungen nach einer

Rückkehr Pakistans zur Demokratie, die gerade der linken Opposition wohl wichtiger erscheint als die Islamisierung des Landes, dürfte deshalb nicht allzu schnell in Erfüllung gehen.

Dennoch kann das Militär unter Zia ul-Haq keineswegs unbesorgt regieren. Seine Herrschaft ist nicht nur durch die zahlreichen Menschenrechts-Verletzungen in Verruf geraten, sie ist auch weiterhin durch die separatistischen Tendenzen, etwa in Belutschistan, bedroht. Stabilisiert wird das Regime hauptsächlich durch außenpolitische Gefahren – die Sowjetisierung Afghanistans und die Differenzen mit Indien, die nach den Unruhen im indischen Punjab und in Kaschmir kürzlich sogar wieder zu einem kleineren Grenzgefecht zwischen Indien und Pakistan führten. Zia ul-Haq taktiert deshalb weiterhin recht vorsichtig. Er würde gerne seine Herrschaft durch seine Wahl zum Staatspräsidenten legitimieren lassen (dies könnte u. U. noch vor eventuellen Parlamentswahlen stattfinden), doch ist er sich nicht sicher, ob er wirklich einen eindeutigen Sieg davontragen würde. Zwar besitzt die Opposition bisher keinen glaubwürdigen Alternativ-Kandidaten. Dennoch ist die Zahl der Unzufriedenen im Lande so groß, daß ein nur mittelmäßiger Erfolg – der einem Prestigeverlust gleichkäme – im Bereich des Möglichen liegt.

Peter Drews

## Kurzinformationen

Bei ihrer Herbstvollversammlung vom 24.–27. September in Fulda erließ die Deutsche Bischofskonferenz zahlreiche Partikularnormen zum neuen CIC. Sie betreffen u. a. die Priesterkleidung, die Ausbildungsordnung für Priester und Diakone, die Verkündigung der Glaubenslehre in Rundfunk und Fernsehen, das Erwachsenenkatechumenat, die Buß- und Fastenordnung, das Firmalter und den Eheschließungsritus. Die entsprechenden Normen wurden noch nicht veröffentlicht; sie müssen zunächst von Rom approbiert werden. Über die Modalitäten der Promulgation wird der Ständige Rat auf seiner nächsten Sitzung im November beraten. Die Bischöfe beschäftigten sich auch ausführlich mit der durch Äußerungen von Kardinal Glemp ausgelösten Diskussion über die Situation der Deutschen in Polen. Im Pressebericht über die Vollversammlung wird hervorgehoben, die Belastungen der deutsch-polnischen Geschichte müßten gemeinsam aufgearbeitet werden. Jeder Mensch, so die Bischöfe, habe ein Recht auf Seelsorge in seiner Muttersprache; das gelte für Polen in der Bundesrepublik ebenso wie für die in Polen lebenden deutschsprachigen Gläubigen. Trotz „mancher Enttäuschungen und unabhängig von einzelnen Meinungsverschiedenheiten“ blieben die Kirche in Deutschland und die in Polen solidarisch verbunden. Salomonisch-ausweichend wirkt die Formulierung: „Wir bemühen uns um ein Europa, in dem die Völker in einer solchen Einheit leben, daß bisherige Grenzfragen an Bedeutung verlieren.“ Die Vollversammlung beriet daneben auch über den Entwurf für ein *Rahmenkonzept einer Ehe- und Familienpastoral*. Nur kurz wurde über Probleme der *Gen-Technologie* gesprochen; diesem Thema soll bei der Herbstvollversammlung 1985 ein Studientag gewidmet sein. Im Frühjahr 1985 werden sich die Bi-

schöfe ausführlicher mit den Berufsperspektiven für die *Laien-theologen* befassen. Vorgelegt wurden in Fulda auch Grundpositionen einer kirchlichen *Medienpolitik*. Darin halten die Bischöfe u. a. fest: „Im Rahmen einer Teilprivatisierung des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland sehen wir deshalb die konkrete Möglichkeit, mit eigenen Programmen und als selbständiger Programmveranstalter hervorzutreten.“ Die Kirchen hätten einen Anspruch darauf, daß ihnen bei der Neuordnung der Medien die gesicherte Mitwirkung bei der Trägerschaft, bei der Kontrolle und Realisierung eines Programmangebots eingeräumt werde. Das Eröffnungsreferat Kardinal Höffners in Fulda galt der Befreiungstheologie (vgl. ds. Heft, S. 496).

Vom 5. bis 7. Oktober hielt sich Johannes Paul II. in Kalabrien auf. Es war die bisher längste Reise des Papstes in eine italienische Region. In seinen wie immer zahlreichen Predigten und Ansprachen ging Johannes Paul II. häufig und ausführlich auf die *Geschichte* von Kirche und Christentum in Kalabrien ein, erwähnte Heilige und große Gestalten der Kirchengeschichte aus der Region. Er hob immer wieder das reiche christliche Erbe dieser Gegend hervor, die enge Verbindung von Glaube und Kultur als prägendes Element, das es fortzuentwickeln und angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen zu bewähren gelte. So hob er in Catanzaro hervor, die bedeutendsten Persönlichkeiten der Gegend auf den Feldern der Philosophie, der Literatur und Kunst hätten sich immer von religiösen Werten inspirieren lassen. Dieser Reichtum dürfe nicht vergeudet werden. Ähnliche Worte fand der Papst zum Abschluß seines Besuchs in Reggio di Calabria: Das im Lauf der Jahrhunderte angesammelte Erbe müsse und könne Krite-

rium und die Grundlage für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation und für die Inangriffnahme der verschiedenen mehr oder weniger schweren Probleme sein, die sie bereithalte. Verschiedentlich kam Johannes Paul II. auch auf die konkreten *sozialen* und *wirtschaftlichen Probleme* Kalabriens zu sprechen: die trotz aller Anstrengungen noch immer erhebliche Kluft zwischen italienischem Norden und Süden, Arbeitslosigkeit, schwierige Situation der Landwirtschaft, Mafia. Er forderte die zuständigen staatlichen Stellen auf, sich auch weiterhin um die Lösung der entsprechenden Probleme zu bemühen, so z. B. die Lebensbedingungen der Bauern zu verbessern. In Cosenza führte der Papst aus, die Kirche und die Christen hätten die Pflicht, bei der Anklage ungerechter Verhältnisse an vorderster Stelle zu stehen, vor allem aber bei der Schaffung eines starken moralischen, sozialen und politischen Gewissens, aus dem konkrete Initiativen entspringen könnten. An die Priester appellierte er in Catanzaro, die religiöse, moralische und politische Wiedergeburt der Region hänge vor allem von ihrer Arbeit als Seelenhirten ab.

**Ende September tagte in Greifswald die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.** In ihrem ausführlichen Bericht an die Synodalen aus den acht Landeskirchen zog die Konferenz der Kirchenleitungen eine *positive Bilanz der Kirchentage* im Lutherjahr 1983. Das Thema „Vertrauen wagen“ habe sich als geistlich tragfähig und als überraschend aktuell erwiesen; Offenheit und dezentrale Struktur der Kirchentage hätten sich bewährt. Breiten Umfang nahm im Bericht die kirchliche *Friedensarbeit* ein. In ihrem Beschluß zum Kirchenleitungsbericht erneuerte die Synode die Absage an „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ und erklärte, sie könne sich mit der Raketenstationierung in Westeuropa und den entsprechenden Maßnahmen innerhalb der Staaten des Warschauer Vertrags nicht einfach abfinden. Militärische Mittel würden vielen immer weniger als sinnvolles Instrument der Friedenssicherung einsichtig. Nicht unumstritten war bei den Beratungen der Synode die Aussage der Konferenz der Kirchenleitungen, man könne heute in der DDR von einem „Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche“ sprechen („Wir meinen damit, daß Staat und Kirche an der Bewahrung und Vertiefung gewachsenen Vertrauens trotz mancher Schwierigkeiten arbeiten wollen und darin einen friedensfördernden Sinn sehen“). Im Beschluß der Synode wurde die Vokabel „Grundvertrauen“ nicht aufgenommen, wohl aber von dem Vertrauen darauf gesprochen, daß bei Konflikten zwischen Kirche und Staat grundsätzlich vernünftige Lösungen möglich seien. Ein entscheidendes Konfliktfeld ist nach wie vor die teilweise Diskriminierung christlicher Kinder und Jugendlicher im *Bildungswesen*: Die Synode stellte fest, daß es eine Reihe von positiven Erfahrungen bei der Klärung von Einzelfällen gebe, schloß dem aber die Mahnung an: „Jedermann muß endlich wissen, daß Diskriminierung junger Christen verboten und die Mitarbeit christlicher Eltern im Bildungswesen erwünscht ist.“

**Die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz veröffentlichte eine Erklärung mit dem Titel „Achtung Armut!“** Die Veröffentlichung wurde zu einem Zeitpunkt vorgenommen, zu dem man in Frankreich auf verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Ebenen das Phänomen einer „neuen Armut“ wahrzunehmen beginnt (vollständiger Text der Erklärung in La Croix 3. 10. 84). Die Erklärung, die unter der Federführung des Vorsitzenden der Sozialkommission, des Bischofs von Poitiers, *Joseph Rozier*, entstanden ist, geht davon aus, daß traditionelle wie auch neue Formen der Armut in Frankreich ein Ausmaß an-

genommen haben, das den Zusammenhalt der Gesellschaft bedrohe. Fundamentale ethische Einstellungen wie Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität, die immerhin die Basis einer demokratischen Nation bildeten, müßten neu in den Blick genommen werden. Neu an der gegenwärtigen Situation sei vor allem, daß mehr und mehr auch der „normale Franzose“ von der Armut erreicht werde. Die herkömmlichen Wege der Sozialpolitik, die zu Zeiten wirtschaftlicher Prosperität entstanden seien, könnten keine Antwort mehr auf die neue Lage darstellen. Als *Ursachen für die neue Lage* nennt die Erklärung neben der wirtschaftlichen Krise und der fortschreitenden Urbanisierung u. a. die Einstellung eines „Produktivismus“, die die Entwicklung der Produktion für das Ziel schlechthin der sozialen Entwicklung halte. Gruppen seien entstanden, denen es schwerfalle, in einer Gesellschaft mitzuhalten, die mehr und mehr Platz dem Geld einräume und zunehmend weniger Raum den primären menschlichen Beziehungen gebe. Als Spielregeln menschlichen Zusammenlebens würden Haltungen bevorzugt wie der individuelle Erfolg und der Wettbewerb. Neuheidnische Denkströmungen verkündeten den ethischen Vorrang des Stärkeren vor dem Schwachen. Das „Ich“ spiele eine bevorzugte Rolle, während das Soziale und kollektive Anliegen abgewertet würden. Bei der Frage nach einer möglichen Reaktion auf diese Lage fordern die Bischöfe u. a. dazu auf, der *Wohnung* und ihrer Bedeutung für den Menschen eine neue Aufmerksamkeit zu widmen. Die Wohnung könne zu bestimmten Augenblicken ein wesentliches Gut sein wie das Brot.

**An den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Aufständischen in El Salvador ist die katholische Kirche in maßgeblicher Form beteiligt.** Dies gilt sowohl für das Treffen zwischen dem salvadorianischen Staatspräsidenten *José Napoleon Duarte* mit den Aufständischen-Führern am 15. Oktober in dem Städtchen La Palma, aber noch mehr für die fast zweijährigen Kontakt- und Vermittlungsversuche, die unter Beteiligung verschiedener inländischer und ausländischer Stellen dem Treffen von La Palma vorausgingen, und auch für die in La Palma vereinbarte Fortführung der Gespräche. Das *Treffen von La Palma* selbst fand in der dortigen Kirche mit Erzbischof *Arturo Rivera Damas* von San Salvador als Moderator statt. Dieser verlas nicht nur das abschließende gemeinsame Kommuniqué, dessen wichtigster Punkt die geplante Fortsetzung der Kontakte ist, sondern trug in dem viereinhalbstündigen Gespräch gerade an schwierigen Punkten durch geschickte Vermittlung zu dessen positivem Ausgang bei. Außer Rivera Damas nahmen noch *zwei* weitere Kirchenvertreter an dem Treffen teil, darunter der Weihbischof von San Salvador und als einziger Ausländer – man hat es vor allem seitens des Präsidenten abgelehnt, beim Treffen selbst ausländische Vermittler einzuschalten – der Geschäftsträger der Apostolischen Nuntiatur in El Salvador. Weihbischof *Gregorio Rosa Chavez* hatte die Führer der demokratisch-revolutionären Front (FDR), des politischen Arms der verschiedenen Rebellenorganisationen, gemeinsam mit dem Botschafter Panamas und anderen diplomatischen Vertretern zum Tagungsort begleitet. Die *beschlossene gemeinsame paritätische Kommission*, die künftig die eigentlichen Verhandlungen zu führen hat und in der zweiten Novemberhälfte zum erstenmal zusammentritt, soll ebenfalls durch einen Bischof als neutralen Mann moderiert werden. Die Tatsache, daß das Treffen in La Palma überhaupt zustande kam, ist neben Bemühungen ausländischer Politiker, vor allem des kolumbianischen Staatspräsidenten, *Belisario Betancur*, ebenfalls ganz wesentlich auf die Bemühungen von Erzbischof Rivera Damas zurückzuführen, der dabei von vatikanischen und auch bundesrepublikanischen Stellen nachhaltig unterstützt wurde.